



1. NÖ Armutskonferenz

„wohn-mobil?! –

**Wohnen und Mobilität
in Niederösterreich“**

Tagungsdokumentation

22.05.2014

Niederösterreichisches Armutsnetzwerk

Daniel-Gran-Straße 36

3100 St. Pölten

www.noe-armutsnetzwerk.at

ZVR-Nr.: 601424371

Inhalt

Das Niederösterreichische Armutsnetzwerk: Idee – Auftakt – Gründung - bisherige Aktivitäten.....	3
Programm der 1. NÖ Armutskonferenz	6
Eröffnung der Konferenz.....	7
1. Vorträge.....	9
Auswirkungen von Armut auf Wohnen und Mobilität	10
Armut und Wohnen – Problemlagen und Lösungsvorschläge	15
Armut und Mobilität – Problemlagen und Lösungsvorschläge	22
2. World Cafés	34
asb Schuldnerberatungen GmbH.....	36
Verkehrsforum Waldviertel.....	38
Universität für Bodenkultur Wien	40
Solartaxi Heidenreichstein	43
Sozialpolitischer Arbeitskreis Tirol	45
neunerhaus Wien	47
Mobilitätszentralen NÖ	49
Verein Wohnen NÖ	50
Danksagung.....	54

Das Niederösterreichische Armutnetzwerk: Idee – Auftakt – Gründung - bisherige Aktivitäten

Die Idee:

Ende 2011 bildete sich ein Organisationsteam engagierter NiederösterreicherInnen mit dem Ziel, eine NÖ-Armutskonferenz zu gründen. Eine wichtige Motivation war dabei, Problematiken die im Kontext der bedarfsorientierten Mindestsicherung auftreten aufzuzeigen und ganz allgemein auf sozialpolitischer Ebene aktiv zu werden. Das damalige Team entschloss sich zur Organisation einer Auftaktveranstaltung im Oktober 2012.

Auftaktveranstaltung: „(Ar) Mut in NÖ“ am 4.10.2012



Foto: FH St. Pölten

Die Auftaktveranstaltung „(Ar)Mut in NÖ: Erfahrungen aus der Praxis- Aufbruch zu Veränderung und Forderungen für die Zukunft“ fand am 4. Oktober 2012 an der Fachhochschule¹ St. Pölten statt.

Das große Interesse an der Veranstaltung (120 TeilnehmerInnen- wir mussten aufgrund der begrenzten Raumkapazitäten leider sogar einigen InteressentInnen absagen) bestärkte uns als Organisationsteam darin, dass das Thema „unter den Nägeln brennt“! Inhaltlicher Schwerpunkt der Auftaktveranstaltung war die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) und daraus resultierende Konsequenzen für Betroffene.

¹ Ein herzliches DANKE! an dieser Stelle an die FH St. Pölten für das zu Verfügung stellen der Räumlichkeiten, an alle Sponsoren der Veranstaltung und vor allem an alle ReferentInnen und ModeratorInnen der Arbeitskreise die durch ihre ehrenamtliche Arbeit diese Tagung ermöglicht haben!!!

Das Ziel war die Darstellung aktuelle Entwicklungen sowie die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen im Rahmen von Arbeitsgruppen und sowie Personen für die Gründung der NÖ Armutskonferenz zu gewinnen (was auch gelang!).

Hier der link zur Tagungsdokumentation:

http://www.armutskonferenz.at/index.php?option=com_content&task=view&id=414&Itemid=3
[83](#)



Foto: Gründungstreffen am 23.11.2012

Gründung

Im Anschluss an die Tagung formierte sich um das Organisationsteam herum eine erweiterte Gruppe von Personen, die an der Verbesserung und Weiterentwicklung von existenzsichernden Maßnahmen in NÖ arbeiten möchte.

Am 23.11.2012 erfolgte das Gründungstreffen in Krems und um einen rechtlichen Rahmen für die Aktivitäten als NÖ Armutnetzwerk zu haben, folgte am 16.10.2013 die Vereinsgründung.

Bisherige Aktivitäten

Frühjahr 2013

- Treffen mit der damaligen Soziallandesrätin Karin Scheele
- Treffen mit LR Barbara Schwarz im Mai 2013
- „4 Fragen zum Thema Armut in NÖ“ wurden an alle SpitzenkandidatInnen der NÖ Landtagswahl verschickt um diese für das Thema zu sensibilisieren

Herbst 2013:

- Vereinsgründung
- Beginn Planung der 1. NÖ Armutskonferenz

Frühjahr 2014:

- Aktion zum Tag der Erwerbsarbeitslosen vor dem Bahnhof St. Pölten
- 1. NÖ Armutskonferenz im Mai



Foto: Die Personen dahinter – Vereinsvorstand & einige Mitglieder

von li. n. re: Kurt Ettenauer, Max Gebetsberger, Helmut Neidl (Kassier), Barbara Bühler (Obfrau); Hannes Ziselsberger, Hilde Hanausek (Obfraustellvertreterin); Peter Binder (Kassier Stellvertreter); Alexandra Hell, Elisabeth Mittendorfer; Nina Schuhmeister, Barbara Rieder (Schriftführerin).

Kontakt und Mitarbeit:

Das NÖ Armutskonferenz Netzwerk ist überparteilich und seine Mitglieder sind überwiegend ehrenamtlich für das Netzwerk tätig.

Wir laden interessierte Personen bzw. Organisationen herzlich ein Mitglieder zu werden und das NÖ Armutskonferenz Netzwerk aktiv mitzugestalten!

Informationen erhalten Sie unter <http://www.noee-armutskonferenz.at/>

Programm der 1. NÖ Armutskonferenz

1. Armutskonferenz: „wohn-mobil?!“

Wohnen & Mobilität in NÖ

am 22. Mai 2014 im Bildungshaus St. Hippolyt, St. Pölten

		Dauer	Was
8:30	9:30	60 min	Anmeldung und Kaffee
9:30	09:45	15 min	Begrüßung Christoph Riedl, Moderator Barbara Bühler, Obfrau NÖ-Armutskonferenz
09:45	10:15	30 min	Auswirkungen von Armut auf Wohnen und Mobilität Martin Schenk, Österreichische Armutskonferenz
10:15	11:00	45 min	Armut und Wohnen – Problemlagen & Lösungsvorschläge Michael Hennermann, Verein für Obdachlose, Tirol Hannes Ziselsberger/Ingrid Neuhauser, Verein Wohnen, NÖ
11:00	11:15	15 min	PAUSE
11:15	12:00	45 min	Armut und Mobilität – Problemlagen & Lösungsvorschläge Bente Knoll, Büro für nachhaltige Kompetenz Thomas Kronister/Matthias Koderhold, AK NÖ Josef Pürmayr, Sozialplattform OÖ
12:00	13:30	90 min	MITTAGSPAUSE
13:30	14:00	30 min	Vernetzung und Kooperation am Beispiel des Sozialpolitischen Arbeitskreises (SPAK) Tirol Michael Hennermann, Verein für Obdachlose, Tirol
14:00	15:30	90 min	Austausch in Form eines „World Cafés“ zu Wohnen und Mobilität in NÖ Näheres siehe Liste Anhang
15:30	15:45	15 min	PAUSE
15:45	16:45	60 min	Präsentation der im World Café erarbeiteten Forderungen und Lösungspotentiale Ausblick auf weitere Aktivitäten des NÖ Armutskonferenz
16:45			Ende der Veranstaltung + Ausklang

Eröffnung der Konferenz

Der Saal des Bildungshauses St. Hippolyt füllt sich.



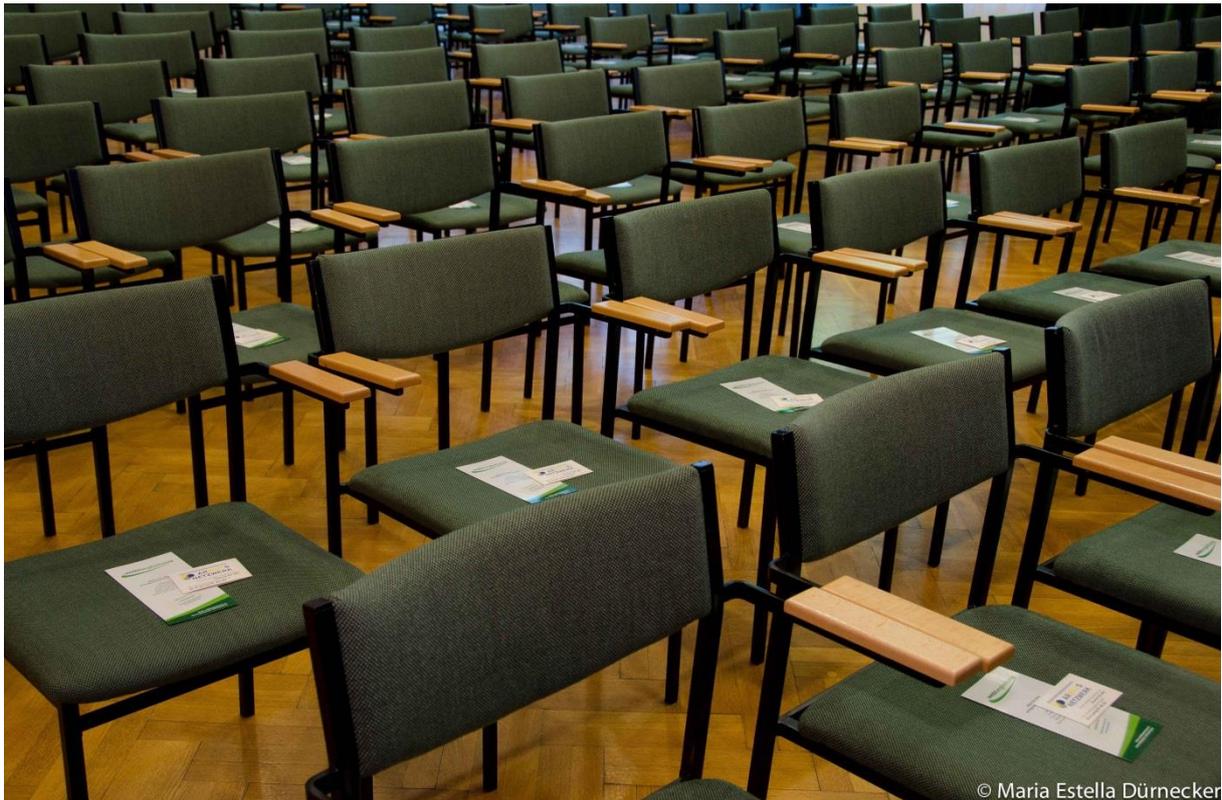
Die Eröffnung der 1. NÖ Armutskonferenz erfolgte durch die Obfrau des Niederösterreichischen Armutsnetworkes Frau Mag.^a (FH) Barbara Bühler und Moderator Christoph Riedl.



Landesrat Ing. Maurice Androsch begrüßte das Plenum und hielt einführende Worte zur 1. NÖ Armutskonferenz.



1. Vorträge



Auswirkungen von Armut auf Wohnen und Mobilität

Martin Schenk / Österreichische Armutskonferenz

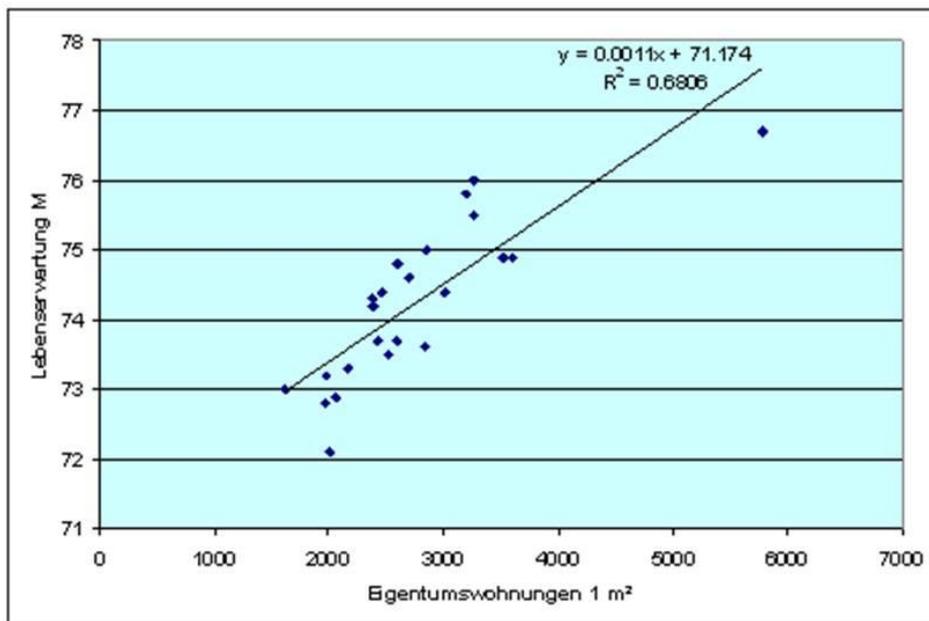
Armut und das Potential der Beweglichkeit



DIE ARMUTSKONFERENZ.

GELD MACHT GLÜCKLICH.
Kaufkraft, Lebensqualität, Vermögensungleichheit
und Lebensqualität in Zeiten der Krise
DIE ARMUTSKONFERENZ.

Sterberisiko bei Hitze nach Wohnkosten



Öffentlicher Verkehr, PKW Besitz

Tabelle 2: Für einkommensarme Haushalte ist öffentlicher Verkehr Mobilitätssicherung

Leistungen je Haushalt	Anteil des Öffentlichen Verkehrs	Externe Kosten durch Pkw-Fahrten	Pkw-Besitz pro Haushalt
Unterstes Einkommensquartil	44%	2.364 Euro	0,4
2. Einkommensquartil	27%	4.853 Euro	0,9
3. Einkommensquartil	28%	6.331 Euro	1,2
Oberstes Einkommensquartil	24%	10.752 Euro	1,7

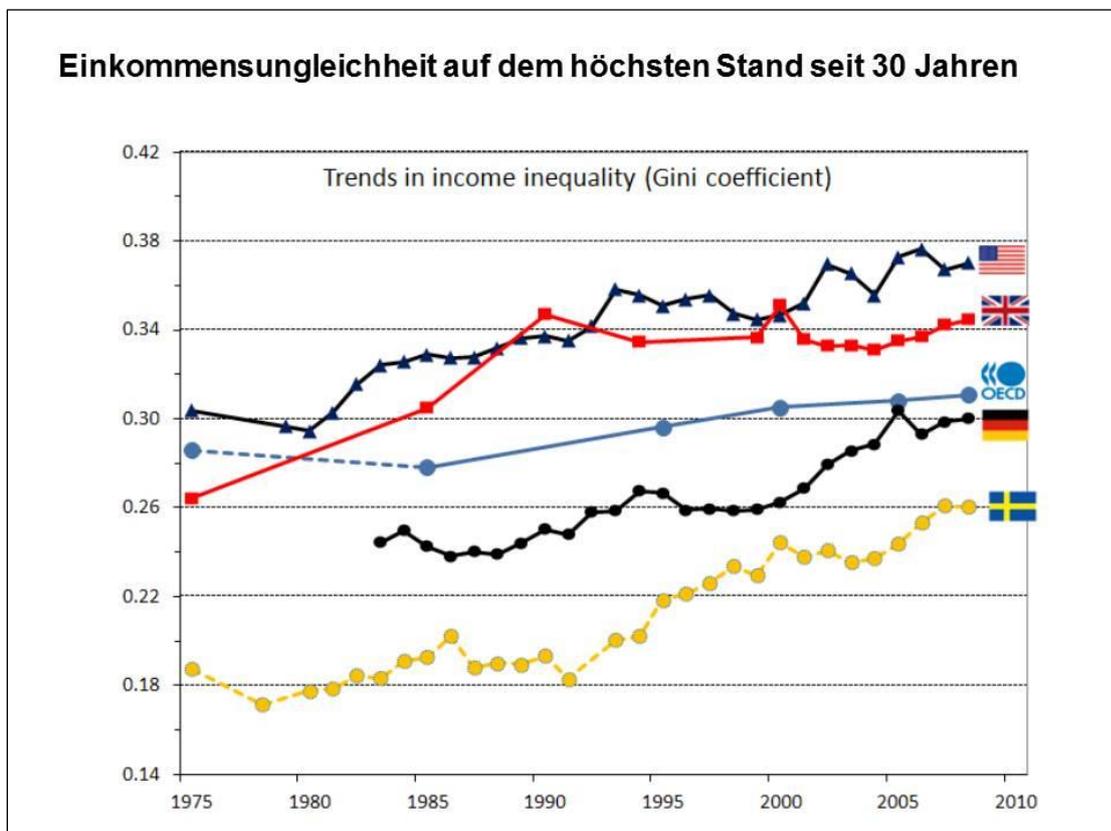
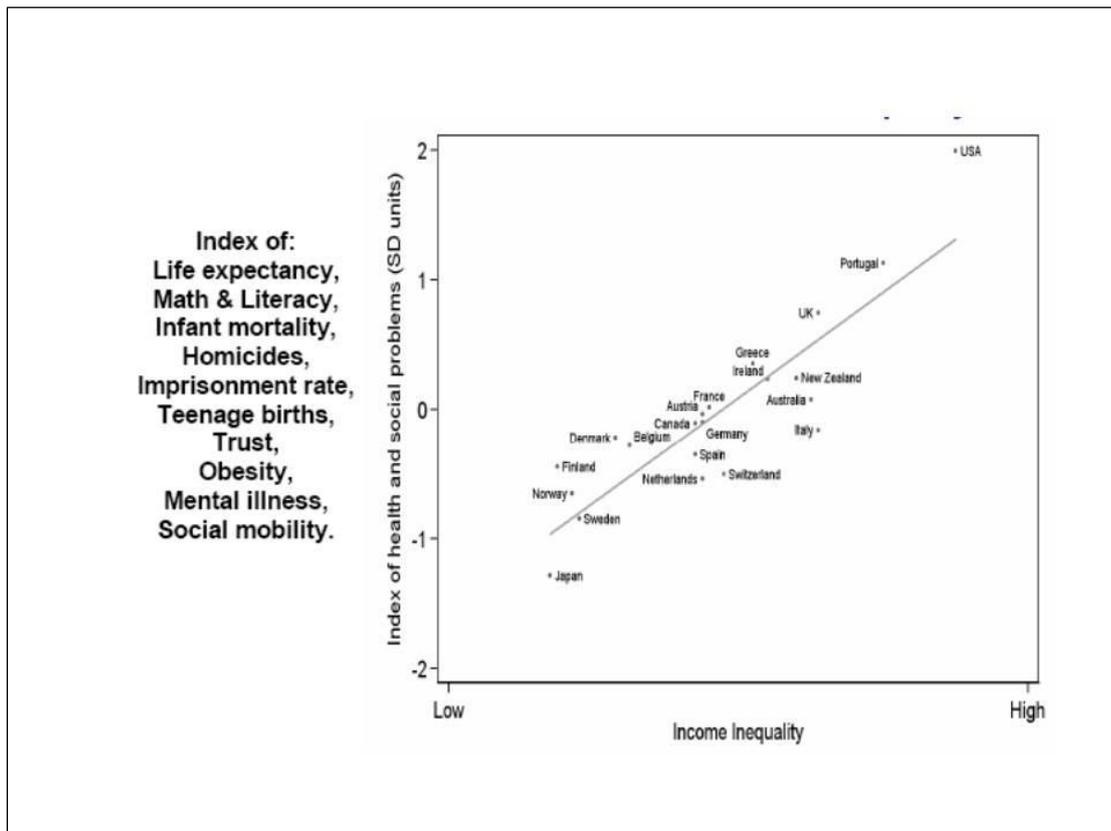
Quelle: Statistik Austria.
Jeweils 872.500 Haushalte.

www.allesueberarmut.at

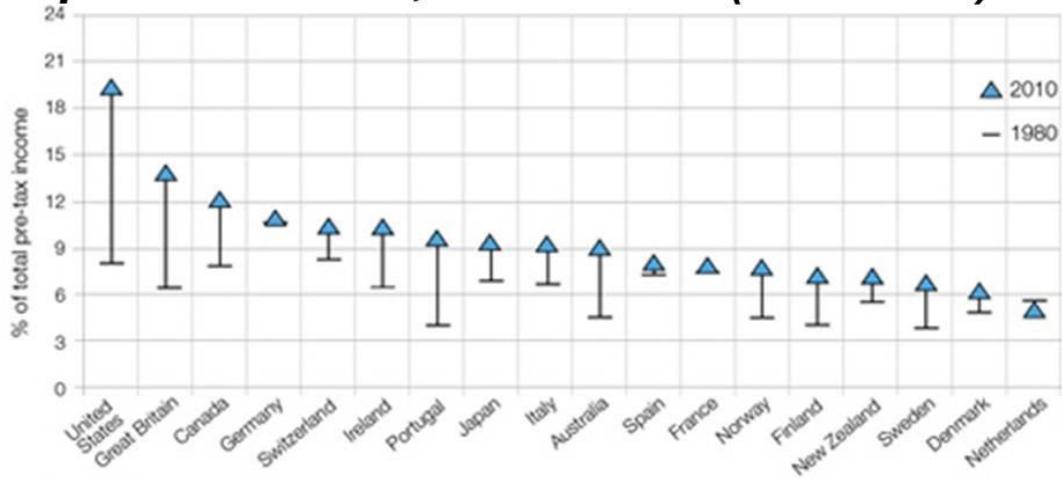
- „Alles über und alles gegen Armut“
Die Datenbank der www.armutskonferenz.at

- Handbuch Armut





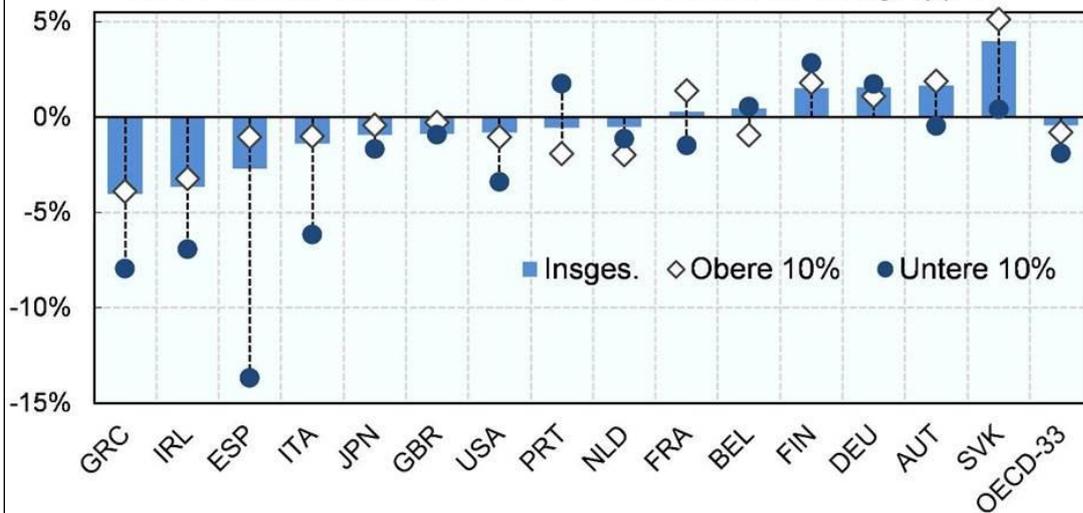
Shares of top 1 per cent incomes in total pre-tax income, 1980 – 2010 (or closest)

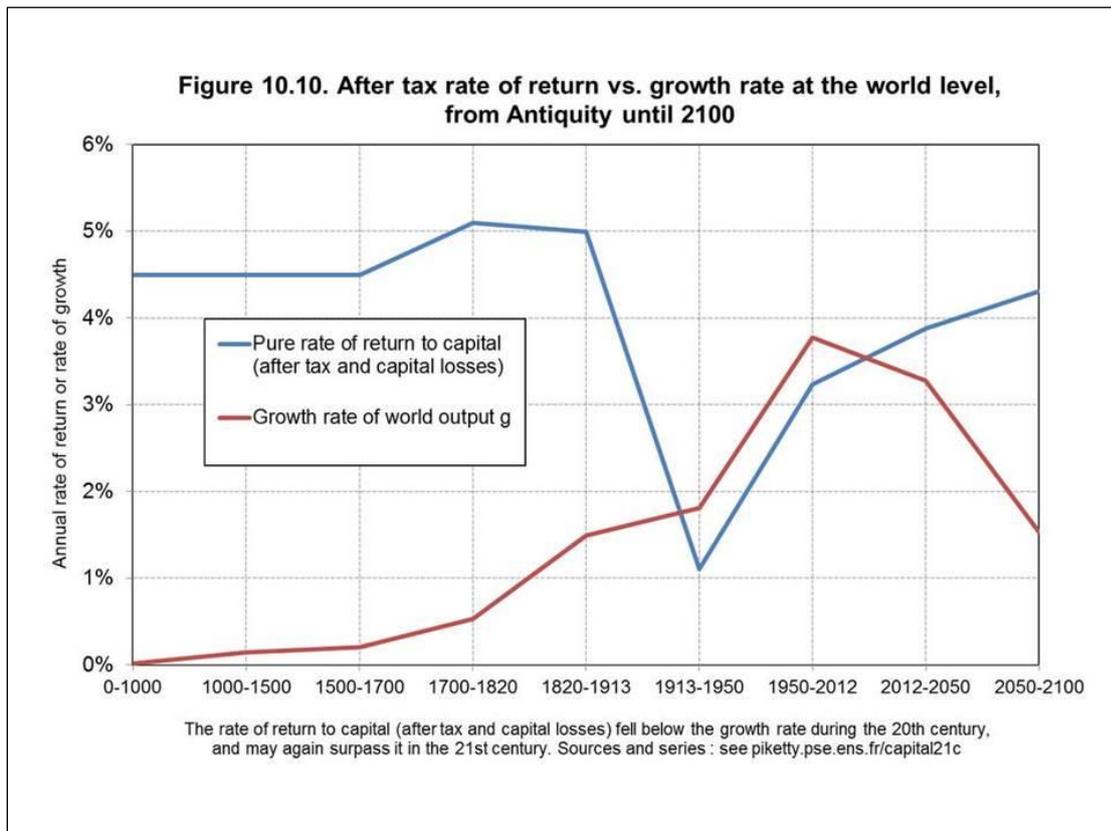


Source: OECD calculations derived from the World Top Incomes Database.

Ärmere Haushalte leiden mehr unter der Krise

Ø jährliche Veränderung des verfügbaren Haushaltseinkommens 2007-2010 nach Einkommensgruppen





Armut und Wohnen – Problemlagen und Lösungsvorschläge

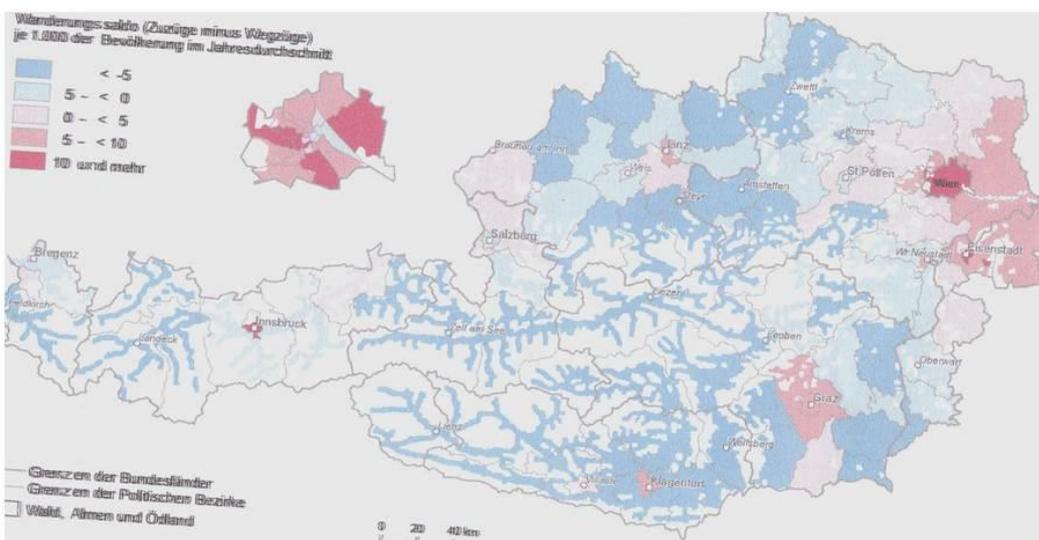
Ingrid Neuhauser / Verein Wohnen, Niederösterreich

Michael Hennermann / Verein für Obdachlose, Tirol

Tagung Armut in NÖ

ARMUT UND WOHNEN
22. MAI 2014

Wanderungsstatistik 2012



Überblick über Wohnsituation in NÖ

Quelle: Statistik Austria, 2013

- 163.400 Mietwohnung in NÖ
- Durchschnittlicher Mietaufwand:
 - NÖ: 6,20 € pro m²
 - Tirol: 7,67 € pro m²
- Durchschnittlicher Wohnungsaufwand pro Whg.:
 - NÖ: 441 €
 - Tirol: 542 €

Einkommenssituation von Menschen in Wohnungsnot

am Beispiel der Nutzer_innen der NÖ Wohnassistenz

	Anzahl Haushalte	betroffene Personen	davon Kinder	durchschnittl. pro Kopf Einkommen
Gesamtzahl	153	339	160	€ 509,77
	(168)*	(379)*	(182)*	(€ 529,64)*
nur Erwachsene im Haushalt	71	78	0	€ 841,27
	(74)*	(87)*	(0)*	(€ 805,22)*
davon Einzelpersonen	65	65	0	€ 886,51
	(61)*	(61)*	(0)*	(€ 876,14)*
Familien	82	261	160	€ 410,69
	(94)*	(292)*	(182)*	(€ 447,53)*
davon AlleinerzieherInnen	63	183	120	€ 415,65
	(78)*	(228)*	(150)*	(€ 449,20)*

Einkommenssituation

der Nutzer_innen NÖ Wohnassistenz

- Das durchschnittliche Haushaltseinkommen beträgt € 1.129,48 netto.
- Das durchschnittliche Pro Kopf Einkommen beträgt € 509,77 netto.
- Im Durchschnitt bewohnt eine Nutzer_in der NÖ Wohnassistenz 28,66 m²

Vergleich (Quelle Statistik Austria):

- Durchschnittliches Einkommen in NÖ 2012: 2283,-
- Durchschnittliche m² pro Person in Ö: 44 m²

Fallbeispiel: Alleinerzieher, 38 Jahre, geschieden, 3 Kinder (11, 13, 15 Jahre), wohnhaft in wohnbauförderter 80 m² Wohnung, abgeschlossene Berufsausbildung, dzt. geringfügig beschäftigt, psychisch belastet durch Trennung und Betreuung der schwerkranken Mutter

Die Familie bestreitet mit ihrem Einkommen und der Familienbeihilfe die Lebenshaltungskosten, den PKW, Reparaturen in der Whg., Energienachzahlungen, Schulkosten für die Kinder,... Wohnkosten pro m² 4,21 €

Situation in Niederösterreich	
Situation in geförderter 50 m ² Wohnung	Einkommen/Ausgaben
Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung	€ 120,00
BMS Einkommen (12 x jährlich)	€ 490,49
Unterhalt für Kinder	€ 600,00
Bis zu 25 % Wohnkostenanteil werden von der BMS abgezogen. Der BMS Wohnkostenanteil der Kinder wird ebenfalls einbehalten.	€ 203,50
Wohnzuschuss (lt. Einkommen)	€ 390,00
Miete Wohnung	€ 726,80
Strom und Heizung	€ 180,00
Verbleibendes Einkommen f. d. tägl. Leben (122,5 € pro Person)	€ 490,19
ungeförderte Wohnkosten	€ 336,80
Energiekosten	€ 180,00
verbleibende ungeförderte Wohnkosten	€ 516,80
Hr. H. muss aus der ausbezahlten BMS (Teil Lebensunterhalt) und seinem Einkommen in Höhe von € 1210,49 noch € 416,80 für Wohnen bezahlen! Die BMS wird 12 x jährlich ausbezahlt. Durchschnittliches Pro Kopf Einkommen € 302,-, Haushaltseinkommen € 1210,-.	
Ticket für öffentlichen Verkehr Hin- und Rückfahrt (10 km)	€ 8,40

1. NÖ Armutskonferenz „wohn-mobil?! - Wohnen und Mobilität in NÖ“
Tagungsdokumentation 22.05.2014

Fallbeispiel: Alleinerzieher, 38 Jahre, geschieden, 3 Kinder (11, 13, 15 Jahre), wohnhaft in wohnbauförderter 80 m ² Wohnung, abgeschlossene Berufsausbildung, dzt. Geringfügig beschäftigt, psychisch belastet durch Trennung und Betreuung der schwerkranken Mutter	
Die Familie bestreitet mit ihrem Einkommen und der Familienbeihilfe die Lebenshaltungskosten, den PKW, Reparaturen in der Whg., Energienachzahlungen, Schulkosten für die Kinder,... Wohnkosten pro m ² : 0 €	
Situation in Tirol	
Situation in geförderter 50 m ² Wohnung	Einkommen/Ausgaben
Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung	€ 120,00
BMS Lebensunterhalt (12 x jährlich)	€ 614,87
Unterhalt für Kinder	€ 600,00
BMS Wohnkosten und Wohn- bzw. Mietzinsbeihilfe	€ 726,80
Miete Wohnung	€ 726,80
Strom	€ 65,00
Heizung	€ 115,00
BMS Heizung	€ 115,00
Verbleibendes Einkommen f. d. tägl. Leben	€ 1.269,87
ungeförderte Wohnkosten	
Energiekosten	
verbleibende ungeförderte Wohnkosten	€ 0,00
Hr. H. hat als Alleinerzieher Anspruch auf einen Mindestsatz LU in Höhe € 610,49 (75 % des Ausgangsbetrages) seine Kinder haben Anspruch auf € 201,46 (24,75 %), abzüglich der angenommenen € 200 pro Kind bleiben € 1,46 pro Kind. Das geringfügige Einkommen ist ausser Acht zu lassen, da bei Alleinerziehenden ein Freibetrag in Höhe von 30 % des Ausgleichsbetrages auf Erwerbseinkommen gewährt wird. Die Wohnkosten werden in Höhe der tatsächlichen Kosten nach dem Prinzip der Subsidiarität übernommen (zuerst muss MZB oder Wohnbeihilfe beantragt werden, den Rest übernimmt BMS), Die Heizkosten werden von der Mindestsicherung übernommen. Zusätzlich besteht Anspruch auf eine Sonderzahlung in Höhe € 73,26 in den Monaten März, Juni, September, Dezember, wenn der Bezug länger als 3 Monate dauert (pro Kopf).	
Ticket Hin- und Rückfahrt (10 km)	€ 6,80

Fallbeispiel: Alleinstehende Frau, 41 Jahre, ledig, wohnhaft in wohnbauförderter 50 m ² Wohnung, posttraumatische Belastungsstörung, lfd. Betreuung durch psychosozialen Dienst	
Fr. H. besitzt keine Lenkerberechtigung. Zur Erreichung gesundheitlicher Versorgung, Beratungs- und Betreuungseinrichtungen benötigt sie öffentliche Verkehrsmittel. Diese sind in 10 km Entfernung. Es gibt keine Ermäßigung für öffentliche Verkehrsmittel! Wohnkosten pro m ² 3,13 €	
Situation in Niederösterreich	
Situation in geförderter 50 m ² Wohnung	Einkommen/Ausgaben
BMS Einkommen (12 x jährlich)	€ 813,99
Bis zu 25 % Wohnkostenanteil werden von der BMS (dzt. € 203,50) abgezogen.	€ 166,00
Wohnzuschuss (lt. Einkommen)	€ 166,00
Miete Wohnung	€ 360,39
Strom und Heizung	€ 112,00
Verbleibendes Einkommen f. d. tägl. Leben	€ 341,60
ungeförderte Wohnkosten	€ 194,39
Energiekosten	€ 112,00
verbleibende ungeförderte Wohnkosten	€ 306,39
Fr. H. muss aus der ausbezahlten BMS (Teil Lebensunterhalt) in Höhe von € 647,99 noch € 306,39 für Wohnen bezahlen!	
Ticket Hin- und Rückfahrt (10 km)	€ 8,40

Fallbeispiel: Alleinstehende Frau, 41 Jahre, ledig, wohnhaft in wohnbauförderter 50 m ² Wohnung, posttraumatische Belastungsstörung, lfd. Betreuung durch psychosozialen Dienst	
Fr. H. besitzt keine Lenkerberechtigung. Zur Erreichung gesundheitlicher Versorgung, Beratungs- und Betreuungseinrichtungen benötigt sie öffentliche Verkehrsmittel. Diese sind in 10 km Entfernung. Es gibt keine Ermäßigung für öffentliche Verkehrsmittel! Wohnkosten pro m ² 0 €	
Situation in Tirol	
Situation in geförderter 50 m ² Wohnung	Einkommen/Ausgaben
BMS Einkommen (12 X jährlich)	€ 610,49
BMS Wohnbedarf und Mietzinsbeihilfe bzw. Wohnbeihilfe	€ 360,39
Wohnzuschuss (lt. Einkommen)	
Miete Wohnung	€ 360,39
Strom	€ 42,00
Heizung	€ 70,00
BMS Heizung	€ 70,00
Verbleibendes Einkommen f. d. tägl. Leben	€ 568,49
ungeförderte Wohnkosten	
Energiekosten	
verbleibende ungeförderte Wohnkosten	€ 0,00
Der Mindestsatz für Alleinstehende beträgt 610,49 € (75 % des Ausgangsbetrags (813,99 €), die Kosten für Miete werden in Höhe der tatsächlichen Kosten nach dem Prinzip der Subsidiarität (zuerst Mietzinsbeihilfe bzw. Wohnbeihilfe - Rest übernimmt Mindestsicherung), die Heizkosten werden von der Mindestsicherung übernommen. Zusätzlich besteht Anspruch auf eine Sonderzahlung in Höhe € 73,26 in den Monaten März, Juni, September, Dezember, wenn der Bezug länger als 3 Monate dauert.	
Ticket Hin- und Rückfahrt (10 km)	€ 6,80

Resümee für NÖ

- Die BMS wird nur 12 x jährlich ausbezahlt! ASVG Ausgleichszulage zB. 14 x jährlich.
- Schwerpunkt Betreutes Wohnen, ein NÖ Wohnmodell speziell für ältere Generationen, ist für pflegebedürftige, ältere BMS-BezieherInnen durch Anrechnung der Subjektförderung kaum zugänglich.
- Durch Anrechnung des Wohnzuschusses kommt es zu einer Schlechterstellung gegenüber ASVG-AusgleichszulagenpensionistInnen (ASVG-Richtsatzanspruch 14mal pro Jahr). Diesen wird der Wohnzuschuss nicht von der Ausgleichszulage abgezogen.
- Menschen in unterschiedlichen Bundesländern erhalten unterschiedlich viel BMS für Wohnen. Lt. Beispiel fallen in Tirol 0 € Wohnkosten pro m² an, in NÖ 4,21 € pro m²



SPAK TIROL

**Sozialpolitischer Arbeitskreis
6010 Innsbruck, Postfach 307
spaktirol@gmail.com**

„Armut und Wohnen – Problemlage und Lösungsvorschläge“

System der finanziellen Unterstützung bei nicht ausreichender persönlicher Mittel zur Deckung des Wohnbedarfs in Tirol:

Mietzinsbeihilfe – Wohnbeihilfe

- Zahlreiche Gemeinden in Tirol gewähren Mietzinsbeihilfe, aber nicht alle. Jene Gemeinden in denen es die Mietzinsbeihilfe gibt, haben unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen.
- Im Rahmen der Wohnbauförderung wird bei objektgeförderten Wohnungen bei Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen eine subjektbezogene Wohnbeihilfe gewährt.

Tiroler Mindestsicherungsgesetz

- §4 (2) lit. b des TMSG nennt als Grundleistung die „Hilfe zur Sicherung des Wohnbedarfs“
- §6 (1) sichert die Übernahme der tatsächlich nachgewiesenen Mietkosten, Betriebskosten, Heizkosten und Abgaben für eine Wohnung, sofern diese die ortsüblichen Kosten nicht übersteigen. Subsidiaritätsprinzip
- §6 (2) regelt die höchstzulässige Größe einer Wohnung: 1 Person bis 40qm, 2 Personen bis 60qm, 10qm zusätzlich für jede weitere Person, allerhöchstens 110qm
- §14 (3) TMSG – Zusatzleistungen: definiert die Leistung einer Kautions und die Errichtung von Bestandsverträgen sowie die Grundausstattung mit Möbeln und Hausrat als hoheitliche Leistung, sprich hierauf besteht Rechtsanspruch.

Michael Hennermann, f.d.SPAK



Armut und Mobilität – Problemlagen und Lösungsvorschläge

Mag. Thomas Kronister / AK NÖ

Dr. Bente Knoll / Büro für nachhaltige Kompetenz B-NK GmbH

Josef Pürmayr / Sozialplattform OÖ



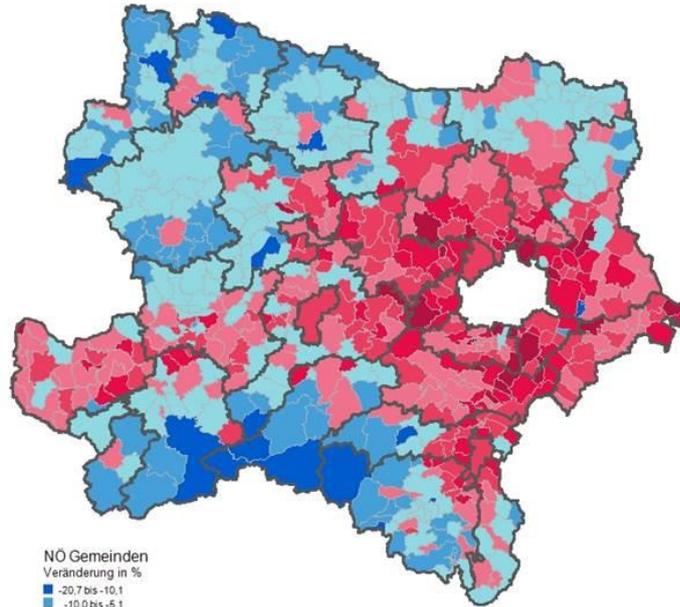
Armut und Mobilität Problemlagen & Lösungsvorschläge



Referat von
Mag. Thomas Kronister, AK NÖ
Dr. Bente Knoll, Büro für nachhaltige Kompetenz B-NK GmbH
Josef Pürmayr



Bevölkerungsentwicklung in NÖ
 2003 bis 2013 in %



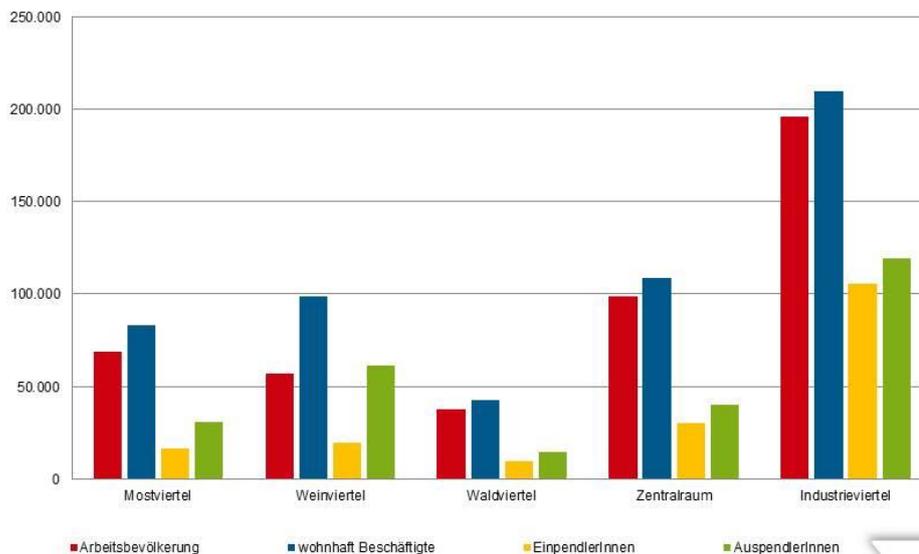
NÖ Gemeinden
 Veränderung in %

- -20,7 bis -10,1
- -10,0 bis -5,1
- -5,0 bis -0,1
- 0,0 bis 4,9
- 5,0 bis 9,9
- 10,0 bis 19,9
- 20,0 bis 39,8

Datenquelle: Bevölkerungsstand 1.1.2013, Statistik Austria 2013,
 Statistisches Handbuch des Landes Niederösterreich, 37. Jahrgang 2013,
 Berechnungen AKNÖ 2014



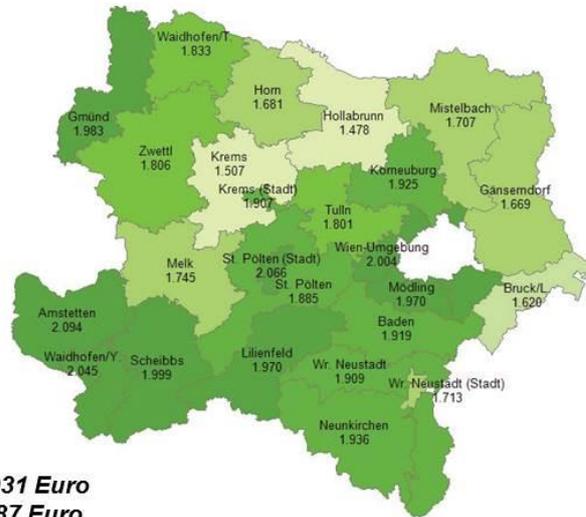
Pendel - Kennzahlen nach Regionen 2009



Büro für
 nachhaltige
 Kompetenz



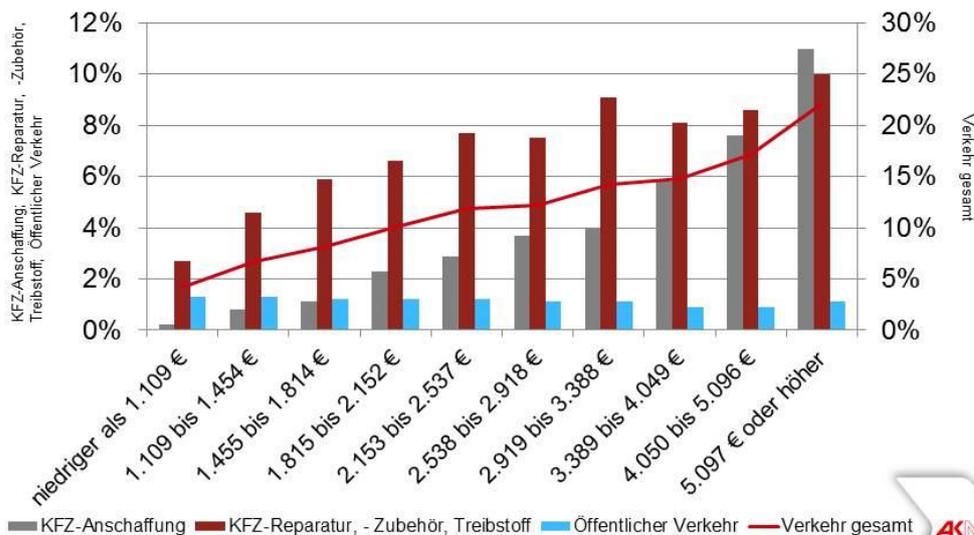
Einkommensniveau in den Bezirken 2012



NÖ gesamt: 1.931 Euro
Österreich: 1.987 Euro
 Hollabrunn: 1.478 Euro
 Amstetten: 2.094 Euro



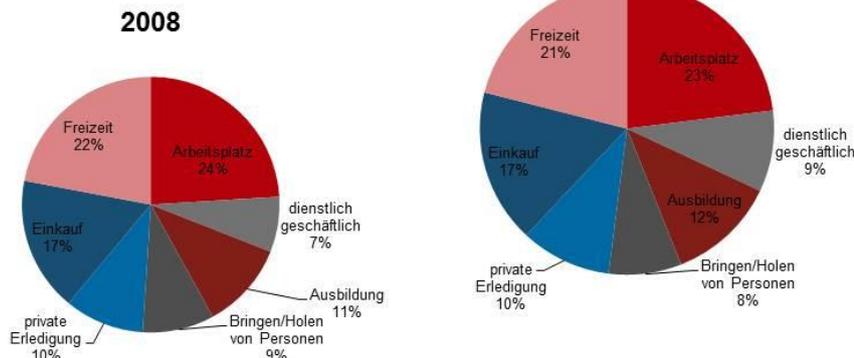
Monatliche Haushaltsausgaben in % nach Dezilen der Haushaltsausgaben



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: Konsumerhebung 2009/10



Wegezweck



2008 geben 16% der Befragten über 18 in NÖ an, keinen Führerschein B zu haben

Es verfügen von den über 18-Jährigen mit Führerschein B

5% über keinen und 12% eingeschränkt über einen PKW

(berechnet an der Bev. 2008 älter als 20 wären das 378.765 Menschen)

Quelle: MOBILITÄT IN NÖ; Ergebnisse der landesweiten Befragung 2003 und 2008



Waldviertel	PKW/1.000 EW
Gmünd	656,0
Horn	660,6
Waidhofen a.d. Thaya	683,2
Zwettl	669,1

Mostviertel	PKW/1.000 EW
Amstetten	621,3
Waidhofen a.d. Ybbs	581,4
Melk	627,2
Scheibbs	615,0

PKW pro 1.000 EinwohnerInnen in NÖ

Zentralraum	PKW/1.000 EW
Lilienfeld	587,3
Krems a.d. Donau	582,1
Krems (L)	639,0
St. Pölten	571,0
St. Pölten (L)	626,5
Tulln	643,6

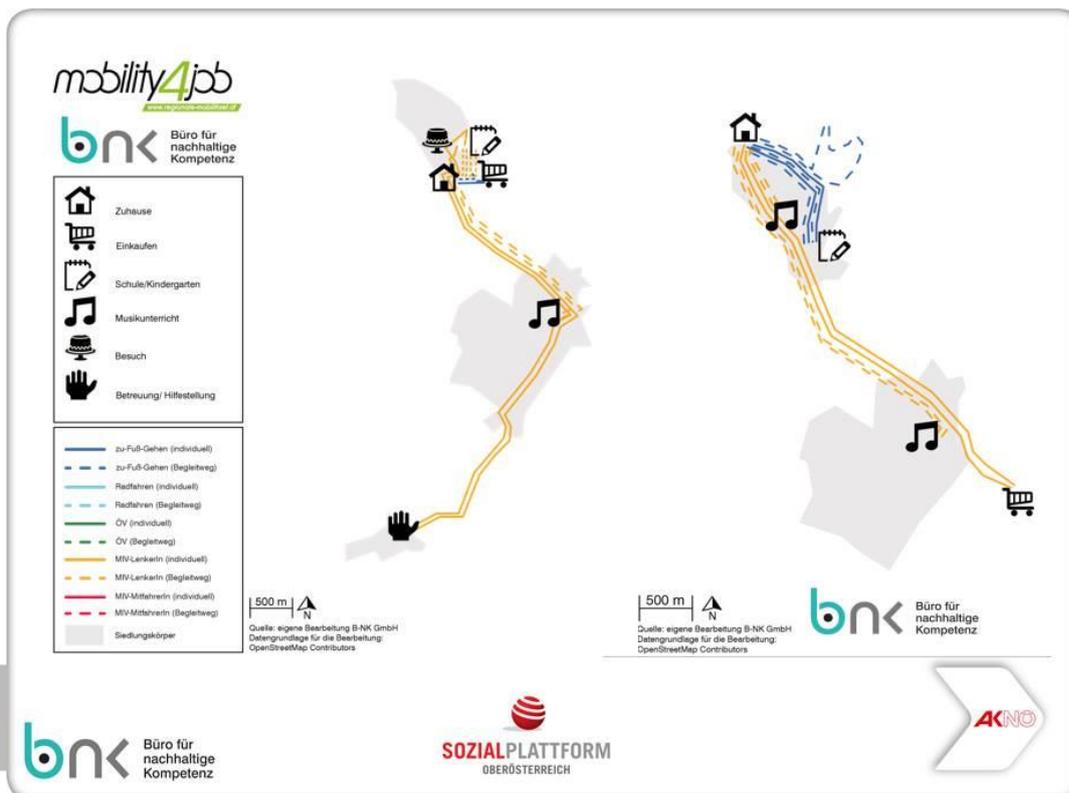
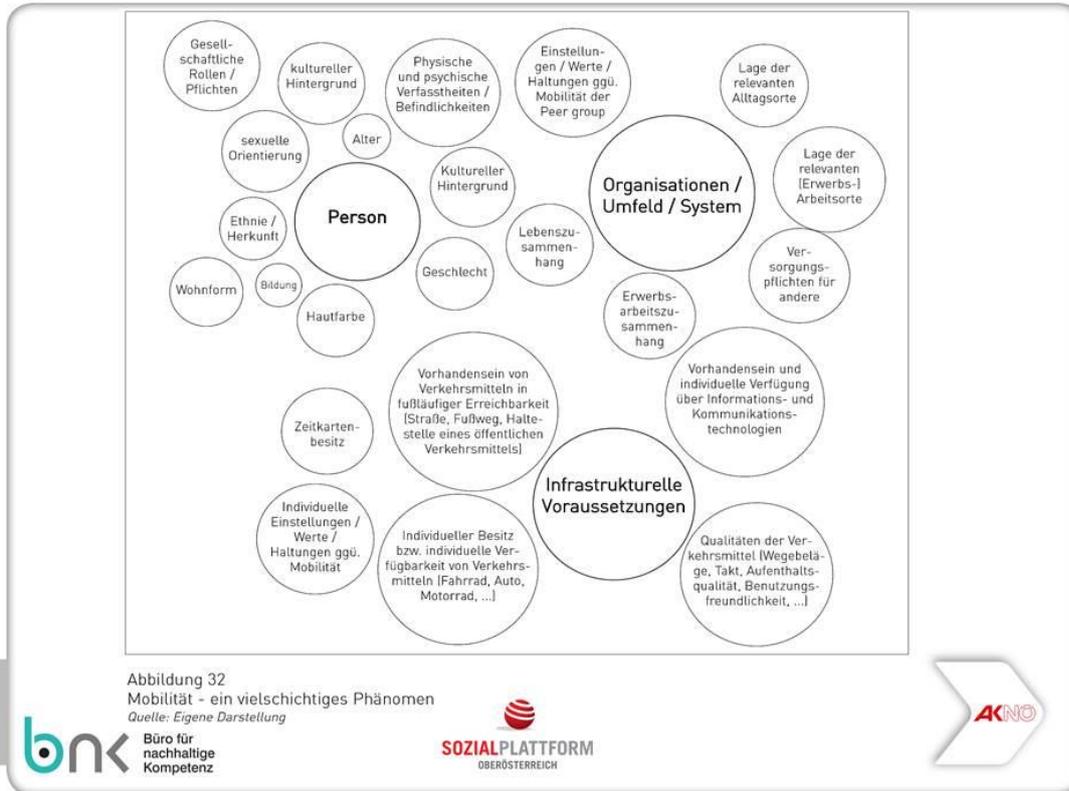
NÖ 626,0
Wien 385,9

Weinviertel	PKW/1.000 EW
Gänserndorf	634,0
Hollabrunn	632,2
Korneuburg	632,3
Mistelbach	658,7

Industrieviertel	PKW/1.000 EW
Baden	600,0
Bruck a.d. Leitha	608,4
Mödling	663,4
Wr. Neustadt	546,4
Wr. Neustadt (Land)	630,6
Wien-Umgebung	608,4
Neunkirchen	623,9

Quelle Statistik Austria: PKW Bestand 31.12.2013, Bevölkerungsstand 1.1.2013 (Wien 1.1.2014), eigene Berechnung





Nachhaltige Lösungen sind erforderlich!

- ▷ Fahrzeuge, die geteilt werden
- ▷ Fahrzeuge, die „gemeinsam“ besessen werden

- ▷ Fahrten, die gemeinsam zurückgelegt werden
- ▷ Fahrten, die vermieden werden

- ▷ Eigenständige und selbstbestimmte Wege

Aktivpass der Stadt Linz

- ▷ **Zielsetzung**
- ▷ Für einkommensschwächere BürgerInnen
 - ▷ Zugang zu den Angeboten der Stadt Linz
 - ▷ Förderung der sozialen Mobilität
 - ▷ Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

- ▷ **Voraussetzungen grundsätzlich**
- ▷ Hauptwohnsitz in Linz
- ▷ Vollendetes 18. Lebensjahr +
 - ▷ SchulabgängerInnen
 - ▷ Arbeitslose Jugendliche
 - ▷ Jugendliche in Ausbildung ohne Lehrvertrag
- ▷ Einkommen monatlich netto maximal € 1.164 (ohne Sonderzahlungen)

Aktivpass der Stadt Linz

Ohne Berücksichtigung der Einkommensgrenze:

- ▷ Langzeitarbeitslose (AMS-Bezug länger als 1 Jahr ohne Unterbrechung)

- ▷ Erweiterter Personenkreis: mit Nebenwohnsitz in Linz:
 - ▷ Präsenz- und Zivildienstler
 - ▷ StudentInnen
 - ▷ Betreute in Linzer Sozialeinrichtungen

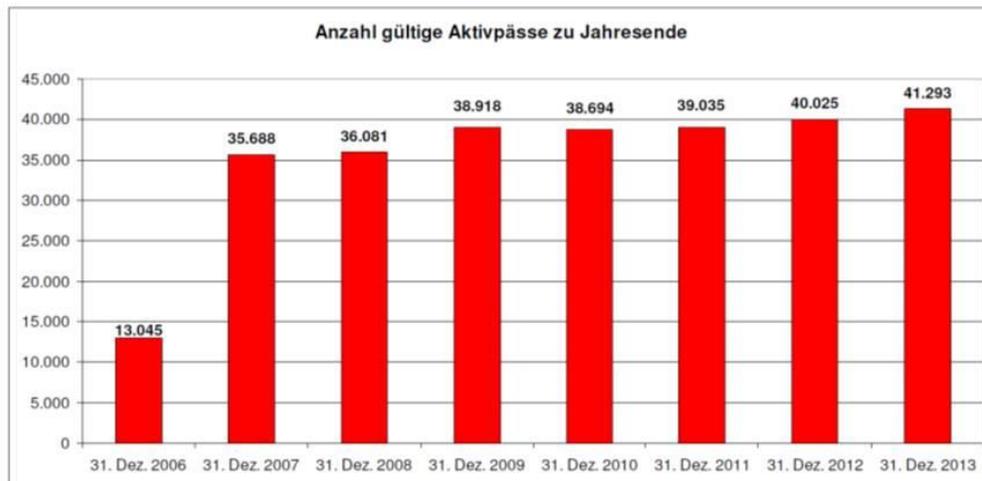
- ▷ Erweiterter Personenkreis:
 - ▷ Begleitpersonen von Personen mit Behinderungen

Aktivpass der Stadt Linz

- ▷ **Leistungen**
- ▷ Monatskarte der LINZ LINIEN um € 10
- ▷ Einzelfahrscheine:
 - ▷ Langstreckenkarte zum Preis einer Kurzstreckenkarte
 - ▷ 24-Stunden-Ticket zum Preis einer Langstreckenkarte
- ▷ Ermäßigungen bei Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie sonstigen städtischen Einrichtungen

- ▷ **Ausgabestellen**
- ▷ Rathaus, VHS Linz sowie Stadtbibliotheken in den Stadtteilen

Aktivpass der Stadt Linz



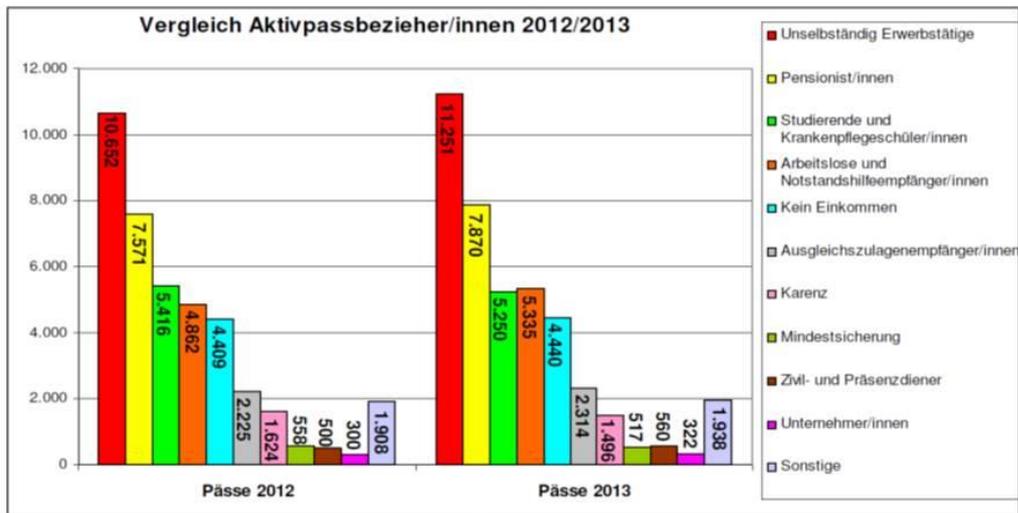
Aktivpass der Stadt Linz

▷ **Markanter Anstieg von 2006 auf 2007**

▷ Gründe:

- ▷ Einführung der Monatskarte um € 10
 - ▷ 2013 wurden 326.228 dieser Monatskarten verkauft
- ▷ Erweiterung der Gruppe der Anspruchsberechtigten
 - ▷ Anspruchsvoraussetzung neu:
 - ▷ Einzeleinkommen anstelle des Haushaltseinkommens

Aktivpass der Stadt Linz



Aktivpass der Stadt Linz

Personengruppe 2013	Pässe	in %	männlich	in %	weiblich	in %
Unselbständig Erwerbstätige	11.251	27%	2.127	19%	9.124	81%
PensionistInnen	7.870	19%	1.390	18%	6.480	82%
Arbeitslose und NotstandshilfeempfängerInnen	5.335	13%	2.942	55%	2.393	45%
Studierende und KrankenpflegeschülerInnen	5.250	13%	2.124	40%	3.126	60%
Kein Einkommen	4.440	11%	350	8%	4.090	92%
AusgleichszulagenempfängerInnen	2.314	6%	860	37%	1.454	63%
Karenz	1.496	4%	11	1%	1.485	99%
Zivil- und Präsenzdienstler	560	1%	535	96%	25	4%
Mindestsicherung	517	1%	229	44%	288	56%
UnternehmerInnen	322	1%	100	31%	222	69%
Sonstige	1.938	5%	1.125	58%	813	42%
Gesamt	41.293		11.793	29%	29.500	71%



1. NÖ Armutskonferenz „wohn-mobil?! - Wohnen und Mobilität in NÖ“
Tagungsdokumentation 22.05.2014

Die Pausen zwischen den Vorträgen und den World Café wurden für Vernetzung und Austausch genutzt.



2. World Cafés



© Maria Estella Dürnecker

Zur Methode „World Café“:

Das „World Café“ ist eine Methode, die es möglichst vielen TeilnehmerInnen ermöglicht, miteinander ins Gespräch zu kommen, sich auszutauschen und gemeinsam Lösungsansätze zu erarbeiten.

Es ist eine Reihe von Diskussionstischen vorbereitet, welche jeweils von einem „Host“ (GastgeberIn) betreut werden. Die KonferenzteilnehmerInnen haben die Möglichkeit, abwechselnd drei dieser Tische zu besuchen und sich für je 30 Minuten mit dem „Host“ (dem/der „GastgeberIn“) des jeweiligen Tisches und untereinander auszutauschen. Nach jeder Gesprächsrunde mischen sich die Gruppen neu.

Nur die Hosts bleiben die ganze Zeit über an ihrem Tisch: Sie begrüßen neue Gäste, resümieren kurz das vorangegangene Gespräch und bringen den Diskurs erneut in Gang. Eine zentrale Aufgabe der Hosts ist die Zuspitzung der Diskussion auf die Erarbeitung von ein bis zwei Kernstatements bzw. Lösungsansätzen pro Tisch.

Ziel ist die gemeinsame Erarbeitung von Lösungsansätzen und ggf. auch die Anbahnung weiterführender Projekte und Kooperationen über die Tagung hinaus!

World Café mit VertreterInnen von:

- ASB, Dachverband Schuldnerberatung zum Thema „Budgetberatung“
- Verkehrsforum Waldviertel
- Institut für Raumplanung und ländliche Neuordnung, BOKU Wien
- Solartaxi Heidenreichstein
- Sozialpolitischer Arbeitskreis Tirol
- neunerhaus Wien, Housing First
- Mobilitätszentralen NÖ
- Verein Wohnen NÖ

asb Schuldnerberatungen GmbH

Dr.ⁱⁿ Susanne Jürgens, Mag.^a (FH) Maria Fitzka, MBA / ASB Schuldnerberatungen GmbH

Im Rahmen des World-Cafés wurden Budgetberatung Österreich und die Referenzbudgets vorgestellt:

Budgetberatung Österreich

Budgetberatung ist ein in Österreich professionelles, unabhängiges Beratungsangebot für Menschen, deren Einkommenssituation sich gerade verändert (etwa durch Arbeitslosigkeit, Karenz oder Pensionierung), bzw. Menschen mit niedrigem Einkommen, die jedoch (noch) nicht von Überschuldung betroffen sind. Die Budgetberatung erfolgt nach einer Onlineanmeldung bzw. telefonischer Terminvereinbarung und wird von geschulten und erfahrenen BeraterInnen aus dem Umfeld der staatlich anerkannten Schuldenberatungen durchgeführt.

Ziele von Budgetberatung

- Individuelle Unterstützung in der Finanzplanung von Haushaltsbudgets
- Verbesserung im Umgang mit Geld in privaten Finanzfragen
- Schuldenprävention durch ausgeglichene Budgets und Erhebung von Sparpotential

www.budgetberatung.at | Die Website bietet – neben der Onlineanmeldung zur Beratung – einen Budgetrechner, Budgetbeispiele für unterschiedliche Haushaltstypen, Budgetvorlagen und weiterführende Informationen und Links.

Derzeit wird in den Bundesländern Wien, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg Budgetberatung angeboten. In den anderen Bundesländern wird teilweise noch an Finanzierungsmodellen gearbeitet.

Referenzbudgets Österreich

Referenzbudgets stellen die Ausgabenstrukturen unterschiedlicher Haushaltstypen dar. Sie sind eine Zusammenstellung aller Ausgaben, die für einen angemessenen Lebensstandard notwendig sind bzw. zeigen sie das dafür notwendige Einkommen auf. Referenzbudgets sind Indikatoren für Lebenshaltungskosten einkommensschwacher Haushalte.

Mittels Referenzbudgets können Haushalte ihre eigenen Ausgaben mit den Ausgaben eines durchschnittlichen österreichischen vergleichbaren Haushaltstyps vergleichen und so ihre Ausgaben optimieren.

Folgende drei Punkte wurden in allen drei Runden des World-Cafés diskutiert und im Anschluss ins Plenum getragen für weitere Diskussionen:

- **Budgetberatung für NÖ**

Obwohl derzeit in Niederösterreich keine Terminvereinbarung für Budgetberatung möglich ist, besteht Interesse an Budgetberatung

- **Regionalisierung von Referenzbudgets**

Derzeit gibt es bei den Referenzbudgets keine Differenzierung zwischen Ausgaben im ländlichen und städtischen Raum

- **Vision: Referenzbudgets als Maßstab für Existenzsicherung**

In einigen anderen Ländern werden Referenzbudgets bereits zur Armutsmessung und zur Definition angemessener Sozialstandards herangezogen.

ASB Schuldnerberatungen GmbH

Dachorganisation asb



Verkehrsforum Waldviertel

Christa Binder, Ing. Ewald Gärber / Verkehrsforum Waldviertel

Diskussionspunkte waren:

- 1.) Schlechte Erreichbarkeit von Beschäftigungsprojekten (z.B. Gmünd) und dem Clubbetrieb des Psychosozialen Dienstes in Zwettl. Das wird durch Fahrgemeinschaften und Taxidienste versucht zu bewältigen, die meist ehrenamtlich durchgeführt werden.
- 2.) Sozialtarif in Niederösterreich nicht vorhanden im öffentlichen Verkehr, das auf der Armutskonferenz vorgestellte Modell der Linzer Aktivcard ist auch für Niederösterreicher geeignet und wichtig.



- 3.) Es wird 3 verschiedene oder noch mehr Mobilitäts- Angebote brauchen:
 - a) Klassischer öffentlicher Verkehr (Bus und Bahn), der besser abgestimmt werden sollte.
 - b) Ehrenamtliche und hauptamtliche Hol- und Bringdienste für mobilitätseingeschränkte Personen und Personen, die sich kein eigenes Auto leisten können, darunter fällt für mich auch das Solartaxi Heidenreichstein.
 - c) Privat organisierte Mitfahrmöglichkeiten, telefonisch (Mobilitätszentrale ?) oder per Internet koordiniert.
- 4.) Die bisherigen Gespräche einiger TeilnehmerInnen mit den Mobilitätszentralen waren eher ernüchternd, weil die Mobilitätszentralen nur eine koordinierende Funktion

einnehmen und keine Kurse bestellen können. Meistens werden diese Vorschläge nicht umgesetzt und auch eine Fahrplananpassung wird oft abgelehnt.

- 5.) Tarife sollten generell günstiger werden. Bei Angeboten, die über zu geringe Auslastung verfügen (z.B. Waldviertel-Buslinien) sollte rasch ein Sozialtarif eingeführt werden, aus unserer Sicht ist das mit keinerlei Zusatzkosten verbunden, im Gegenteil, weil die Busverkehre ja sowieso bestellt werden.
- 6.) Die Tarifmodelle sollten vereinfacht werden, dass es neben dem Verkehrsverbund Ostregion auch noch den VVNB (Verkehrsverbund NÖ-Burgenland) gibt, macht den Fahrscheinverkauf, Übersichtspläne usw. komplizierter. Alle anderen Verkehrsverbände in Österreich decken das ganze Bundesland ab.



Universität für Bodenkultur Wien

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Tatjana Fischer / Boku Wien, Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung (IRUB) & Department für Raum, Landschaft und Infrastruktur (RaLI)

Erfordernisse in der Auseinandersetzung von Armut und Armutsgefährdung aus raum- und planungswissenschaftlicher Sicht

Die Raumplanung ist eine querschnittsorientierte Fachdisziplin, die unter Einschluss sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und technologischer Aspekte politikberatende Funktion in Bezug auf die zukünftige Gestaltung der Lebensumwelten der Menschen inne hat. Ihr Ziel ist die Sicherung, respektive Hebung der Lebensqualität Aller. Vor dem Hintergrund des demographischen und sozialen Wandels – sie manifestieren sich vor allem in der voranschreitenden Alterung der Bevölkerung und den zunehmend prekären Lebensverhältnissen – muss die Raumplanung dem wachsenden Kollektiv der Einkommensschwachen vor allem in Bezug auf die Themen „leistbares“ Wohnen und „Mobilität“ besondere Aufmerksamkeit schenken: Deshalb sind die „VertreterInnen“ der Raumplanung aus Theorie und Praxis zu angehalten, den politischen EntscheidungsträgerInnen folgende zentrale Erfordernisse bei der Lösungsfindung auseinander zu setzen:

1. Die SystemerhalterInnen wandeln sich:

Bei der(Weiter-)Entwicklung der Infrastruktur ist zu beachten, dass Infrastruktur nicht nur aufgebaut, sondern auch erhalten bzw. kontinuierlich ausgelastet werden muss. Das wachsende Kollektiv der Armutsgefährdeten bzw. das „Bröckeln“ des Mittelstandes wirft in diesem Zusammenhang folgende Fragen auf:

- Geht es bei der Angebotsentwicklung nicht vielmehr darum, Qualität zu sichern, anstatt Qualität kontinuierlich steigern zu wollen?
- Wie kann Leerstand genutzt werden, um dem Anspruch nach leistbarem Wohnen gerecht zu werden?
- Wie kann die Erreichbarkeit basaler Infrastrukturen auf kurzem und günstigem Wege besser gelingen?

2. Eine raumdifferenzierte Betrachtung ist notwendig:

Es ist nicht egal, ob man in der Stadt oder auf dem sog. „Land“ arm ist: Selbst wenn die Lebenshaltungskosten in Landgemeinden vergleichsweise niedrig sind, hängt die Möglichkeit, sich selbst zu versorgen, vor allem von der eigenen Automobilität ab.

Angesichts der anhaltenden Polarisierung in (infrastruktur-)starke und –schwache Räume sowie den verschiedenen großen (finanziellen und zeitlichen) Aufwänden für räumliche Mobilität schränkt sich die Teilhabe der Armutsgefährdeten bzw. Armen weiter ein. (Auch) deshalb ist die Grundversorgung mit Gütern und Diensten des täglichen Bedarfs auf Gemeindeebene zu sichern und die weitere Zersiedlung einzudämmen.

3. Lösungen dürfen nicht auf Basis von Vermutungen und Spekulationen entwickelt werden.

Vielmehr bedarf es verlässlicher empirischer Datenbasen. Da der Politik noch der Mut zur kritischen und offenen Auseinandersetzung der Konsequenzen der demographischen Entwicklungen und des sozialen Wandels fehlt, fehlen auch verlässliche kleinräumig differenzierte und raum- und planungswissenschaftlich interpretierbare Daten in Bezug auf das quantitative (Wie viele Personen?) und qualitative Profil (Was brauchen diese Menschen?) der Armutsgefährdeten bzw. armen Menschen. Solide Raumforschung kann vor teuren Lösungen schützen!



4. Eine vertikale und horizontale Abstimmung der Strategien und Planungen ist unerlässlich.

Die Raumplanung ist hierarchisch organisiert: In der Kompetenz der Bundesländer liegt neben der Gesetzgebung (Raumplanungsgesetze der Länder) die sog. überörtliche Raumplanung (Landes- und Regionalplanung), in der Kompetenz der Gemeinden die sog. örtliche Raumplanung (Gemeindeplanung). Im Sinne der Entwicklung zukunftsfähiger Lösungen müssen die Länder mit den Regionen einerseits sowie die Gemeinden untereinander enger zusammenarbeiten.

5. Ein behutsamer Umgang mit sog. „good practices“ ist gefragt.

Die Kosten(-entwicklung) und fehlende Rendite konventioneller Infrastrukturen haben – vor allem in „schrumpfenden“ peripheren Räumen – zur Prägung eines neuen Begriffs geführt: Bedarfsorientierung. Dahinter verbirgt sich die Erkenntnis der EntscheidungsträgerInnen, dass „nicht mehr überall alles wie bisher angeboten werden“ kann. Deshalb wird nach alternativen (billigeren) Lösungen gesucht. Anleihe wird in diesem Zusammenhang an den sog. „good practices“ anderer Länder bzw. Regionen (Europas) genommen. Doch die Analyse der vielen „guten Beispiele“ bringt auch deren Knackpunkte ans Licht:

- Freiwilliges Engagement soll finanzielle Unterstützung substituieren, anstatt sie zu ergänzen. Auch wird nicht danach gefragt, wer in Zukunft die ehrenamtliche Arbeit leisten wird (wollen bzw. können).
- Zur erfolgreichen Umsetzung und zum langfristigen Gelingen sind günstige Konstellationen zwischen den verschieden(st)en Stakeholdern in Stadt, Gemeinde bzw. Region eine zentrale Grundvoraussetzung.
- Administrierbarkeit, Qualitätssicherung und Haftung sind nicht restlos geklärt.



Solartaxi Heidenreichstein

Christian Huschka / Solartaxi Heidenreichstein



Das Solartaxi Heidenreichstein ist Österreichs sauberstes Taxi. Seit seinem Start im Oktober 2013 fährt es in einer Region mit schlechter Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz mit Strom aus vor Ort installierten Photovoltaikanlagen. Mit erneuerbarer Energie gespeiste Fahrzeuge ermöglichen umweltfreundliche und flexible Mobilität für alle Menschen im gesamten Gemeindegebiet von Heidenreichstein.

Nach telefonischer Bestellung sind die beiden Fahrzeuge (Renault Kangoo und Renault Zoe) an fünf Tagen in der Woche von Haustüre zu Haustüre kostengünstig unterwegs. Zwei langzeitarbeitslose Menschen sind als Fahrer der Taxis beschäftigt.

Die Besucher des Word Café bei der Armutskonferenz in St. Pölten waren besonders an Hintergrundinformationen interessiert und sehr überrascht, dass das Taxi elektrisch fährt und damit die Umwelt schont. Denn bei 25.000 gefahrenen Kilometern werden 2 Tonnen CO₂ vermieden. Auch die technische Betreuung der Fahrzeuge erfolgt direkt vor Ort.



Außerdem fahren sozial Bedürftige (SOMA –Pass – Inhaber) mit dem Solartaxi Heidenreichstein um einen eigenen Tarif (1,-€) und können sich so die Einkaufsfahrt leisten. Das Interesse der Teilnehmer des Word-Café bestand darin, ein ähnliches Projekt auch in anderen Teilen Österreichs zu initiieren und besonders älteren Personen und Menschen aus den Katastralgemeinden ohne Fahrgelegenheit die Möglichkeit eines individuellen Transportes zu ermöglichen.



Auch über Förderungen, PKW-Reichweite und Umsetzung des Projektes wurde diskutiert.

www.waldviertler-regional.at

Ein Projekt von:



Mit Unterstützung von:



Sozialpolitischer Arbeitskreis Tirol

DSA Michael Hennermann / SPAK Tirol

Vernetzung und Kooperation am Beispiel des Sozialpolitischen Arbeitskreises (SPAK) Tirol

Der SPAK Tirol besteht seit den 1990er Jahren als Zusammenschluss von aktuell 19 Sozialeinrichtungen im Großraum Innsbruck. Ziel ist es im Rahmen 14 tägiger Treffen den Informationsaustausch der in unterschiedlichen Handlungsfeldern tätigen Einrichtungen zu ermöglichen und sich daraus ableitenden strukturellen Themen sozialpolitisch zu widmen.

Einige inhaltliche Themen erforderten die Einrichtung von Untergruppen:

- Jugendwohlfahrt
- Vertreibungspolitik (ruht derzeit)
- Sozialhilfe – Grundsicherung – Mindestsicherung (SHARK)

Der SPAK agiert oder reagiert aus mit medialer Arbeit oder Aktionismus. Diese Form der Arbeit läuft unter dem Namen SPAK und nicht unter dem einer einzelnen Einrichtung und gibt unseren Anliegen somit mehr Gewicht und schützt einzelne Einrichtungen vor öffentlichen oder politischen Angriffen, oder gar Kürzungen.



Neben Medienarbeit und Aktionismus gibt es regelmäßige Treffen mit ressortverantwortlichen PolitikerInnen, auch hier ist die Erfahrung als Gruppe aufzutreten sehr positiv. Thema bei diesen Treffen ist, neben sozialpolitischer Fragen, auch die Subventionssituation des Sozialbereichs.

Schwerpunkte der letzten Jahre:

Massive Einbringung in der Entstehung des Grundsicherungsgesetzes und des derzeit gültigen Mindestsicherungsgesetzes, Organisation von Fortbildungen, leistbares Wohnen.



SPAK TIROL

Sozialpolitischer Arbeitskreis

6010 Innsbruck, Postfach 307

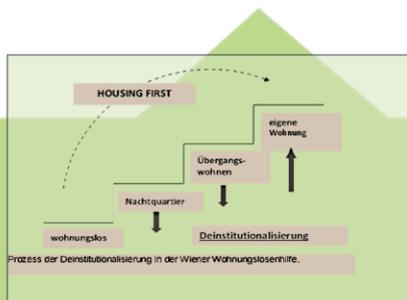
spaktirol@gmail.com

neunerhaus Wien

Mag.^a (FH) Ines Ganahl / neunerhaus, Wien



Housing First Pilotprojekt



- Housing First-Prinzipien**
- Lebensweltorientierung
 - Empowerment
 - Partizipation
 - Integration
 - Flexible & individuelle Unterstützung
 - Genderreflexivität

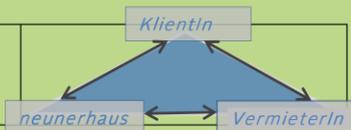
Eckpfeiler des Housing First Pilotprojekts

- Selbständiges und dauerhaftes Wohnen
 - Eigenständiger Mietvertrag ab Beginn
 - Trennung von Wohnen und Betreuung
 - Sozialarbeiterische Hilfen für spezifische Bedarfslagen (Betreuungsvereinbarung zwischen KlientInnen und neunerhaus)
 - Förderung der Inklusion
 - Bei Bedarf Zusammenarbeit mit externen Diensten
 - Aufbau von tragfähigen Kooperationen mit VermieterInnen (Kooperationsverträge zwischen VermieterInnen und neunerhaus)
- Sozialwissenschaftliche Evaluierung durch L&R Sozialforschung

Projektlaufzeit: 2012 - 2015

ERST WOHNEN als Wohnungsplattform (vom neunerhaus gemeinsam mit PartnerInnen aus der Wohnungswirtschaft initiiert) vermittelt eigenständige leistbare Wohnungen an die KlientInnen des neunerhaus Pilotprojekts.

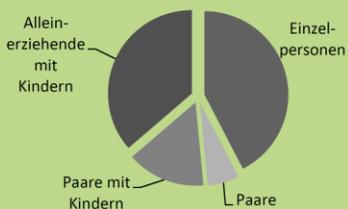
Die Mietverträge werden direkt zwischen VermieterIn und KlientIn (= MieterIn) abgeschlossen. Nur ein eigener Mietvertrag beendet prekäre Wohnverhältnisse und damit Wohnungslosigkeit.



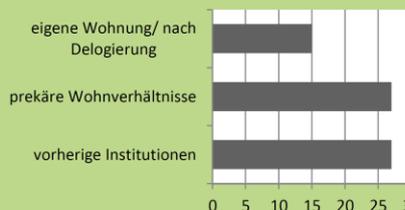
Zielgruppe

Wohnungslose Personen

- mit psychosozialen Betreuungsbedarf
- Einkommen zur Finanzierung von Wohnkosten vorhanden
- Förderwürdigkeit entsprechend Richtlinien des Fonds Soziales Wien (Zugang über Beratungszentrum Wohnungslosenhilfe)



Soziale Struktur (gesamt: 33 Betreuungen, Stand: Mai 2014)



Wohnform/ Unterkunftsform bei Anmeldung (gesamt: 69 Personen, Stand: Mai 2014)

neunerhaus – Hilfe für obdachlose Menschen. Margaretenstr. 166/1. Stock, A-1050 Wien.
www.neunerhaus.at

Ansprechperson zum Housing First Pilotprojekt:
 DSA Claudia Halbartschlagler, Leitung
housing.first@neunerhaus.at



1. NÖ Armutskonferenz „wohn-mobil?! - Wohnen und Mobilität in NÖ“
Tagungsdokumentation 22.05.2014



Mobilitätszentralen NÖ

Barbara Ziegler und DI Peter Frieds / Mobilitätszentrale Waldviertel

Für Personen die sich kein Auto leisten können ist es oft schwierig das vorhandene öffentliche Verkehrsangebot zu nutzen. Es gibt unterschiedliche Gründe warum dies so ist. Auf der einen Seite ist das Angebot des ÖV im peripheren Raum besonders ausgedünnt, bzw. gar nicht vorhanden. Dies macht es Menschen, egal ob arm oder reich, unmöglich auf ein Auto zu verzichten. NICHT armutsgefährdete Personen können sich jedoch meist einen PKW leisten. So ist es für arbeitssuchende Personen oft nur sehr mühsam möglich z.B. zum AMS zu fahren, bzw. einen potentiellen Arbeitsgeber zu erreichen.

➔ **DIE LETZTE MEILE** stellt oft ein nicht bzw. nur mühsam zu überwindendes Hindernis dar!

Einzelfahrten mit dem öffentlichen Verkehr sind für Erwachsene teuer. Natürlich noch immer günstig, verglichen mit den Kosten eines PKW (Anschaffung, Erhaltung, Versicherung, Treibstoff, Abnutzung, etc.). Für armutsgefährdete und armutsbetroffene Personen ist das öffentliche Verkehrsnetz sehr teuer. Im Rahmen der Armutskonferenz konnten wir den großen Wunsch nach mehr Vergünstigungen wahrnehmen.

➔ **SOZIALTARIF** fahren zum halben Preis



Verein Wohnen NÖ

Hannes Ziselsberger, BA / Verein 'Wohnen' – Verein zur Hilfestellung für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen

Leistbares Wohnen – Wohnraum für Menschen unter und an der Armutsgrenze

In drei Runden haben sich Interessent_innen zum Thema „Leistbares Wohnen“ an diesem Word-Café-Tisch ausgetauscht. Zwei Grundfragen haben die Diskussion geleitet, nämlich die Fragen:

- „**Was macht wohnen leistbar?**“
- „**Was wird durch leistbare Wohnungen nicht gelöst?**“

Wohnen für Menschen an der Armutsgrenze bedeutet, einen hohen Anteil ihres Einkommens zur Abdeckung des basalen Wohnbedarfes verwenden zu müssen. Aber dennoch verbleibt eine Gruppe von Menschen, bei denen nicht nur die finanzielle Fähigkeit ein Hindernis für die Wohnversorgung darstellt, sondern wo es auch an sonstigen Wohnfähigkeiten mangelt. In diesen Fällen braucht es neben einer finanziellen Hilfe auch soziale Hilfe.

Folgende Aussagen aus der Diskussion haben wir festgehalten:

„Was macht wohnen leistbar?“

- Das was „unterm Strich“ zum Leben bleibt
 - In der Diskussion wurde deutlich, dass letztlich leistbares Wohnen damit zusammenhängt, was nach Abzug der Kosten für die Wohnung zum Leben überbleibt. Neben der grundlegenden Existenzsicherung (Nahrung, Kleidung, Heizung, ...) und der Fähigkeit, wichtige Reparaturen (Waschmaschine, Boiler, ...) leisten zu können geht es auch noch darum, ein Mindestmaß an sozialer Anteilnahme in der Gesellschaft leisten zu können. Hier gibt es keine absoluten Richtwerte, die BMS geht hier von einem Pauschalwert aus, der im Gegensatz zum deutschen Modell nicht definiert, wie hoch einzelne Richtwerte sind.
- gesellschaftspolitische Balance!
 - Ein Beitrag in der Diskussion war, dass eine gesellschaftspolitische Balance, „Gerechtigkeit“ in der Einkommens- und Vermögensverteilung dazu führen kann, Wohnen leistbar zu machen. Eine sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich verschärft auch die Möglichkeit der Wohnversorgung für die Armen.

Ein ausgewogenes, steuerndes Transfersystem hilft beiden Gesellschaftsgruppen, Wohlhabenden und ärmeren Menschen. Hie haben sich die Teilnehmer_innen sehr wohl für ein steuerndes Steuersystem ausgesprochen.

– **Wohnzuschuss nicht auf BMS anrechnen**

- Der konkreteste und unmittelbarste Ansatz für leistbares Wohnen für Menschen unter der Armutsgrenze, vor allem der BMS-Bezieher_innen, ist die Aufhebung der Anrechnung der Subjektförderung der Wohnbauförderung auf den Wohnbedarf der BMS. Die gewählte Form in NÖ wurde von den Teilnehmer_innen als nicht im Sinne des Artikel 15a-Vertrages zwischen Bund und Ländern beurteilt. Der Vergleich mit Tirol hat gezeigt, dass die Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten bis zu vereinbarten Richtwerten (Wohnungsgröße, ortsübliche Miete) die Situation für Betroffene wesentlich verändert (das verfügbare tägliche Einkommen nach Abzug der Wohnkosten betrug in NÖ im Beispiel ca. 5,-- Euro, in Tirol ca. 12,-- Euro). Hier wurde von den Teilnehmer_innen ein sofortiger Handlungsbedarf gesehen.



– **Ausreichend bezahlte Arbeit**

- Eine gesellschaftspolitische Forderung wurde genannt. Um Wohnen leistbar zu machen kann man an den Wohnkosten schrauben, man kann aber auch anstreben, die Einkommen zu erhöhen. Auch höhere Einkommen machen Wohnkosten wieder leistbar. Besonders untere Einkommen sollten stärker

erhöht werden oder mehr entlastet werden. Lohnsteigerungen in gleichen absoluten Beträgen für alle DN anstatt in prozentuellen Werten vom Gehalt würden ebenfalls untere Einkommen bevorzugen.

- Allgemeine Wohnbeihilfe
 - Eine allgemeine Wohnbeihilfe auch für Wohnungen ohne Objektförderung kann helfen, Wohnkosten leistbar zu machen. Hier gab es Stimmen dafür und Stimmen, die eine solche nicht ohne begleitende Mietgesetzreform sehen wollen. Es wurde die Sorge geäußert, dass eine Wohnbeihilfe auch das allgemeine Mietniveau anheben würde.

- Mietrechtsreform
 - Dieser Punkt steht in Verbindung mit dem oben genannten. Wohnungsmieten sind nur begrenzt markttauglich, es besteht ein hoher Machtvorteil auf Seiten der Vermieter. Beschränkungen bei Mietpreisen machen durchaus weiter Sinn und sind derzeit kaum nachvollziehbar. Während Altbauten zum Teil sehr hoch geschützt sind, was wiederum Sanierungen hemmt, ist bei Neubauten die Miete stark den Kräften des Marktes unterworfen.

- Sozialer Wohnbau
 - Gefordert wurde ebenfalls, das österreichische Modell des sozialen Wohnbaus weiter zu sichern und auszubauen. Klarere Richtlinien des Zugangs zu sozialem Wohnbau wurden von Teilnehmer_innen des World-Cafés ebenso gewünscht wie mehr Zielgenauigkeit bei Fördervergaben.



„Was wird durch leistbare Wohnungen nicht gelöst?“

- Es gibt Gruppen, die mehr Unterstützung beim Wohnen brauchen
 - „Wohnen lernen“ ist vor allem bei jungen Menschen mit mangelnder sozialer Förderung, bei Migrant_innen mit anderen kulturellen Hintergründen und bei Menschen in psychisch labilen Lebenssituationen (Erkrankungen, Beeinträchtigungen, Suchtverhalten, ...) ein wichtiges Thema. Hier geht es von der Einteilung des Geldes bis zu basalen Wohnfertigkeiten um eine breite und differenzierte Unterstützung. Neben temporären Maßnahmen (z. B. der Wohnungssicherung, Übergangswohnungen, Wohnhäuser) braucht es vereinzelt auch „lebensbegleitende“ Betreuung, um Wohnungsverlust zu vermeiden.

- Die sichere Wohnung ist Basis für persönliche Entwicklung in anderen Lebensbereichen (Gesundheit, Arbeit, Familie)
 - Alle Teilnehmer_innen im World-Café hatten Erfahrungswerte aus der konkreten Sozialarbeit. Und alle Teilnehmer_innen haben betont, dass eine gesicherte Wohnversorgung die Basis ist, um weitere Entwicklungsschritte machen zu können. Wer in ständiger Sorge um seinen Wohnort ist kann sich auch in anderen Lebensbereichen nicht entwickeln, kann sein Arbeitsleben nicht ordnen oder kann auch sein Familienleben nicht ordnen. Unterstützung beim Wohnen ist die Basis der Lösung vieler Probleme.

Abschließend möchte ich allen Teilnehmer_innen dieses Tisches für die angeregte und intensive Diskussion danken.

Verein Wohnen:

Der Verein Wohnen bietet eine Beratungsstelle für Wohnungssicherung, Übergangswohnungen für Menschen in Wohnungsnot und mit der NÖ Wohnassistenz einen unterstützten Zugang von Menschen unter der Armutsgrenze in den geförderten Wohnbereich. Diese Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Wohnbauträgern funktioniert sehr gut und ermöglicht jährlich etwa 170 Haushalten eine Wohnversorgung. Mit der NÖ Erstberatung für Menschen in Wohnungsnot bieten wir auch rasche und kompetente Beratung. In vielen Fällen kann bereits durch diese Beratung geholfen werden bzw. wird der Weg zu Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, zu anderen betreuten Wohnformen aufgezeigt oder zur NÖ Wohnassistenz.

Danksagung

**Wir danken unseren SponsorInnen,
der Sparkasse NÖ West AG, der AK NÖ, dem
Hippolyt Haus sowie webbegleitung
und allen,
die diese Veranstaltung mit ihrer Unterstützung
und ihrem Engagement möglich gemacht haben!**



Besonderer Dank ergeht an unseren Hauptsponsor Sparkasse NÖ West AG



Ein herzliches Dankeschön dem Studiengang Soziale Arbeit Bachelor Jg. 2013, 2. Semester
Vollzeitform für die im Jahrgang gesammelten Spenden



Spezieller Dank ergeht an

alle Vortragenden und Hosts der World-Cafés
die Mitglieder der AG Armutskonferenz

DSA Susanne Fuhs, MDes

Karin Jungmeier, <http://www.rgb-studio.at/>

Dipl. Ing. Maria Estella Dürnecker BA, <http://www.klangreisen.at/>

Christoph Riedl, <http://www.riedldaser.at/>

Impressum:

NÖ Armutnetzwerk

NÖ Armutskonferenz „wohn-mobil?! - Wohnen und Mobilität in NÖ“

Erscheinungsort: 3100 St. Pölten

Erscheinungsdatum: August 2014

Herausgeber, Medieninhaber, für den Inhalt verantwortlich: NÖ Armutnetzwerk

Daniel-Gran-Straße 36, 3100 St. Pölten

Texte: genannte ReferentInnen, Hosts sowie NÖ Armutnetzwerk

Layout: Barbara Rieder